

Drogenschmuggel im Hafen: Angst lähmt Hinweisportal der Arbeiter

Bremer Senatorin Claudia Schilling berichtet über Rückschläge im Kampf gegen Drogenschmuggel und Geldwäsche – erste Bilanz ernüchternd.



Bremen, Deutschland - Die Bremer Justizsenatorin Claudia Schilling steht vor Herausforderungen im Kampf gegen Drogenkriminalität und Geldwäsche. Zwei Jahre nach der Einführung eines neuen Hinweisportals zur Bekämpfung des Drogenschmuggels bleibt das Echo der Hafendarbeiter aus: Keine einzige Meldung ist bisher eingegangen. Schilling äußert Besorgnis über die Angst potenzieller Hinweisgeber, die um ihre Sicherheit fürchten. „Das zeigt, wie groß die Bedrohung durch die organisierte Kriminalität ist“, so die SPD-Politikerin, die auf einer Tagung zur Organisierten Kriminalität in Bremen sprach, wie [rnd.de](https://www.rnd.de) berichtet.

Die Brisanz der Situation wird unterstrichen durch einen

laufenden Mammutprozess am Landgericht Bremen, in dem neun Hafenarbeiter wegen der Hilfe beim Schmuggel von einer halben Tonne Kokain angeklagt sind. Diese Männer, zwischen 35 und 49 Jahre alt, erhofften sich von ihren kriminellen Machenschaften satte „Gehälter“ von bis zu 100.000 Euro. Ermittler hatten sie dank entschlüsselter Chat-Protokolle aufgedeckt und ihre Autos überwacht. In den Aufnahmen zeigt sich das Nervenspiel, als sie merkten, dass der Drogenkonsum im Hafen gescheitert ist. „Das Problem ist, dass wenn die Leute wissen, du bist in Not, sind die richtig eklig“, so ein Angeklagter über die Hintermänner, die auf Einschüchterung setzen.

Kampf gegen Geldwäsche

Zusätzlich zu den Drogenproblemen betont Schilling die Notwendigkeit von strikteren Maßnahmen gegen Geldwäsche in Deutschland. Sie kritisiert, dass Geldwäsche lange Zeit als Kavaliersdelikt galt, und dass es ein „El Dorado für Geldwäscher“ sei. „Jährlich fließen schätzungsweise bis zu 100 Milliarden Euro an ‚gewaschenem Geld‘ durch Deutschland“, darunter auch Einnahmen aus dem Drogenhandel. Schilling fordert ein besseres Regelwerk zur Bekämpfung dieser Praktiken und eine Überprüfung bestehender Gesetze, einschließlich der Kontrolle über Immobilienkäufe mit Bargeld, wie in einem Bericht des **Weser-Kurier** hervorgehoben wurde.

Sie betont, dass Deutschland sich international den Vorwürfen stellen müsse, dass Geldwäscher hierzulande kaum befürchten, für ihre Taten belangt zu werden. „Wir müssen also bei diesem Thema noch viel tun“, fügt Schilling hinzu. Um die bestehenden Defizite zu bekämpfen, setzt Bremen auf striktere Vorschriften, wie das bereits eingetretene Barzahlungsverbot für Immobilienkäufe.

Details	
Vorfall	Drogenkriminalität

Details	
Ursache	Hafeninrentäter, Organisierte Kriminalität
Ort	Bremen, Deutschland
Festnahmen	9
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• nag-news.de• www.rnd.de• www.weser-kurier.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at